



Orientierungshilfe für Einreichunterlagen:

Bodenaushubdeponie

I. Unterlagen

- a) Planunterlagen
- b) Technische Beschreibung

II. Erläuterungen

Die unten angeführten Punkte sind eine Orientierungshilfe für die Zusammenstellung der notwendigen Einreichunterlagen und der technischen Angaben für eine deponietechnische Beurteilung im Genehmigungsverfahren entsprechend DVO 2008 und gem. §39 AWG 2002.

a) Planunterlagen

- Übersichtslageplan (1:25.000/50.000)
- aktueller Lage- und Höhenplan mit Abgrenzung des Deponiebereiches, der Bestandshöhen, Katastersituation
- Deponieplan: Abgrenzung Deponiebereich und Betriebseinrichtung, und der Höhenangaben der Deponiebasis mit eingetragenen Deponieabschnitten, Katasterplan und Grundwassersonden (1:1000 bis 1:2000)
- Rekultivierungsplan mit eingetragendem Geländeverlauf und charakteristischen Höhenangaben der fertig gestellten Deponieoberfläche
- Charakteristische Profile (zumindest ein Längs- und ein Querprofil) wobei bei langgezogenen bzw. großflächigen Deponien erheblich mehr Profile erforderlich sein können (mit zumindest folgenden Informationen: HGW 100, Deponiesohle, Aufbau Deponieabschluss, Abstand und Abgrenzung zu Nachbargrundstücken)
- Detailpläne Anlagen oder Bauten im Deponiebereich (z.B.: Abstellflächen, Oberflächenentwässerungen)

b) Technische Beschreibung

- Bewilligungsgegenstand (Antrag)
- Werden Ausnahmen von der DVO beantragt.
- Darstellung des Vorhabens (Zweck, Art und Umfang (Flächenausmaß, Höhenausdehnung und Volumen), allfällige vorübergehende Materialzwischenlager), Aussage über eventuell bereits bestehende Lagerungen.

Hinweis: Angabe des Deponievolumens exkl. Rekultivierungsschicht

- Angabe der geplanten Deponieabschnitte sowie der geplanten Schüttfolge
- Einbauten, Leitungsträger, sonstige fremde Rechte

- Aussagen zur Einhaltung der Vorgaben der Deponieverordnung 2008 (DVO 2008)
- Maßnahmen zur Kontrolle des Deponiekörpers gem. § 39 Abs. 1, im Zsh. mit Anhang 3 DVO, sofern für eine Bodenaushubdeponie zutreffend
- Stellungnahme zu den Ausschließungsgründen gemäß §21, DVO 2008
- Vorgesehene Abfallarten (Schlüsselnummern) bzw. qualitative Eignung des Schüttmaterials
- Beginn und Dauer des Deponiebetriebes (max. 20 Jahre)
- Zufahrtsmöglichkeiten, verkehrstechnische Einbindung
- Beschreibung der Deponieeinrichtungen und der Deponieeingangskontrolle gem. § 18 DVO; Grenzen die Betriebseinrichtungen nicht unmittelbar an den eigentlichen Deponiekörper an, ist die genaue Lokalität (Lage im Übersichtslageplan, KG und Gst.Nr.) anzugeben.
- Absicherung (Zaun, Wall, Schranken) Angaben zur Grundwasserbeweissicherung inkl. Lage der Grundwassersonden. Eine Zu- und eine Abstromsonde ist die Mindestanforderung.
Für das Untersuchungsintervall ist entsprechend der Leitlinie für die Festlegung von Deponiesonden (Anzahl, Abstände und Untersuchungshäufigkeit Stand: 21.3.2011) zu berücksichtigen.
- abschließende Maßnahmen (Rekultivierung inkl. Humusstärke, Folgenutzung)
- Durch das Vorhaben betroffene Grundstücke (Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis mit Eigentümern für alle von der Maßnahme betroffenen Flächen einschließlich Zufahrt, Zustimmungserklärungen).
- Angaben zur äußeren und inneren Standsicherheit des Schüttkörpers.
- Angaben zu den geohydrologischen Verhältnisse am Einbauort (Aufbau des Untergrundes, Höhenlage der Grundwasserstände, insbesondere des höchsten zu erwartenden Grundwasserspiegels (HGW 100), Grundwasserabstromrichtung, Hochwassersicherheit etc.).
- Sofern vorhanden: Ergebnisse von bereits vorhandenen Grundwasseranalysergebnissen und Vorschlag für Auslöseschwellen gem. § 38 Ab. 3, Pkt. 3.
- Angaben zu den Oberflächenwasserabflussverhältnissen (insbesondere mögliche Beeinflussung der Nachbarschaft durch die Änderungen).
- Angaben zu allfällig in der nächsten Umgebung vorhandenen Wasserbenutzungsrechten (Art, Ausmaß und Ort), die von dem Vorhaben beeinträchtigt werden könnten.
- Vorgesehene Maßnahmen im Fall einer längeren Unterbrechung des Schüttnbetriebes, Sicherstellungsberechnung in Abhängigkeit zur offenen Schüttfläche.
Wird die Option „Rekultivierungsmaterial vorhanden“ angesetzt, sind dazu die entsprechenden Daten vorzulegen.